

F.D.P.
Die Liberalen

Kommunalbrief

Mai 1982

In eigener Sache

Was will der F.D.P.-Kommunalbrief ? Seite 2

Nachrichten

Bundesvereinigung liberaler
Kommunalpolitiker Seite 2

Aus der Arbeit des Bundesfachausschusses
für Kommunalpolitik der F.D.P. Seite 3

Umweltschutz

Einleitung Seite 4

Grundlagen liberaler Umweltpolitik Seite 5

Die politische Praxis

- Die Fraktionsarbeit Seite 6

- Die Öffentlichkeitsarbeit Seite 11

- Der kommunale Umweltschutzbericht Seite 13

Problem- und Handlungsfelder

- Lärmbekämpfung Seite 14

- Luftreinhaltung Seite 16

- Landschaftspflege Seite 18

- Wasserversorgung Seite 21

- Abwasserbeseitigung Seite 23

- Abfallbeseitigung Seite 25

Schwerpunktthema:

Umweltschutz

In eigener Sache

Mit diesem F.D.P.-Kommunalbrief erhalten die Kommunalpolitiker der Freien Demokratischen Partei die erste Ausgabe eines bundesweiten Informationsdienstes zur liberalen Ratsarbeit. Etwa vierteljährlich will die F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle zukünftig über allgemeine Fragen der Kommunalpolitik, über interessante kommunale Initiativen, Aktionen und Ereignisse sowie Grundlagen kommunalpolitischer Arbeit unterrichten und damit ein zusätzliches Forum für den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunalfraktionen der F.D.P. über die Ländergrenzen hinaus schaffen.

Unterrichtung
über
Kommunalpolitik

Kernstück des Kommunalbriefes wird jeweils ein politisches Schwerpunktthema sein, das - wie in dieser ersten Nummer der Umweltschutz - besonders ausführlich behandelt und bis hin zu möglichst konkreten Vorschlägen aufbereitet werden soll. Auch viele einzeln und unabhängig voneinander zu verwirklichende Ideen sind dem Schwerpunktthema aus Gründen der Übersicht direkt zugeordnet.

Schwerpunkt
Umwelt

Der F.D.P.-Kommunalbrief ist das bislang noch fehlende Mittelstück eines mehrstufigen Informationsangebotes. Der F.D.P.-Kommunalbrief versucht die Lücke zu schließen, die zwischen den an alle Parteimitglieder gerichteten Informationen der seit Dezember 1981 erscheinenden kommunalpolitischen Seiten der "Neuen Bonner Depesche" und den vertieften Informationen der liberalen kommunalpolitischen Zeitschrift "das Rathaus" besteht.

dreifaches
Informations-
angebot

In welchem Umfang das gelingt, wird nicht zuletzt auch von den kommunalen Mandatsträgern der F.D.P. selbst abhängen. Sie alle sind deshalb aufgefordert, durch Weitergabe von Informationen über Ihre Arbeit zu einem wirkungsvollen Erfahrungsaustausch beizutragen.

Erfahrungsaustausch

Die zweite Ausgabe des Kommunalbriefes wird voraussichtlich im August 1982 erscheinen. Als Schwerpunktthema der zweiten Nummer ist die Energiepolitik vorgesehen.

zur zweiten
Ausgabe

Bundesvereinigung liberaler Kommunalpolitiker

Für die Gründung einer Bundesvereinigung liberaler Kommunalpolitiker hat sich der F.D.P.-Bundesvorstand in seiner letzten Sitzung ausgesprochen. Die weitere Planung sieht vor, die Bundesvereinigung noch vor dem Sommerpause formal zu gründen und im Herbst mit einem ersten kommunalpolitischen Kongreß der Öffentlichkeit vorzustellen.

Bundesvorstand
stimmt der
Gründung zu

Die Bundesvereinigung wird als Dachverband der bestehenden bzw. noch zu gründenden Landesvereinigungen ins Leben gerufen und soll in enger Zusammenarbeit mit den Landesvereinigungen die kommunalpolitischen Interessen auf Bundesebene koordinieren, insbesondere den Kontakt zu den kommunalen Spitzenverbänden gewährleisten. "V.L.K." ist als Kurzname für die Vereinigung vorgesehen, deren weitere Aufgaben vor allem die Verbesserung des Erfahrungsaustausches zwischen den kommunalen Fraktionen, die Information der kommunalen Mandatsträger sowie Hilfe bei der Verwirklichung und Ver-

breitung liberaler Grundsätze in der Kommunalpolitik sein werden. Zu den Aufgaben wird aber auch die Artikulation kommunalpolitischer Interessen gegenüber F.D.P.-Gremien und der Öffentlichkeit zählen.

Die Funktionen des Bundesfachausschusses für Kommunalpolitik der F.D.P. bleiben durch die Tätigkeit der V.L.K. unberührt.

Zu der Entscheidung des F.D.P.-Bundesvorstandes erklärte F.D.P.-Generalsekretär Günter Verheugen: "Mit der Gründung einer Bundesvereinigung liberaler Kommunalpolitiker verfügt die F.D.P. endlich auch über eine bundesweite kommunalpolitische Organisation, wie sie bei SPD und CDU bereits seit vielen Jahren besteht. Auch liberale Kommunalpolitik kann sich nicht länger allein auf örtliche Aktivitäten beschränken, wenn - trotz aller regionalen Unterschiede - immer mehr landes- und bundespolitische Entscheidungen von erheblicher Auswirkung auf die Kommunalpolitik sind. Der immer stärkeren Bedrohung auch der Autonomie der Gemeinden wird liberale Kommunalpolitik vor Ort nur wenig entgegensteuern können. Organisation kommunalpolitischer Interessen und deren Vertretung auf allen Ebenen der Politik ist heute unerläßliche Voraussetzung. Die V.L.K. ist dafür ein entscheidender Schritt."

Jetzt auch F.D.P. mit bundesweiter kommunalpolitischer Organisation

Bundesfachausschuß Kommunalpolitik

Mit der Neuordnung des Erschließungsbeitragsrechtes befasste sich der Bundesfachausschuß für Kommunalpolitik auf seiner letzten Sitzung am 26./27. März 1982 unter Vorsitz von Dr. Helmuth Bentz, Oberkreisdirektor des Erft-Kreises bei Köln. Die große Unzufriedenheit mit dem derzeit geltenden Erschließungsbeitragsrecht war für den Bundesfachausschuß Anlaß, eine Reform mit dem Ziel der Vereinfachung und besseren Überschaubarkeit für den Bürger zu fordern.

Ausführlich und kontrovers diskutierte der Bundesfachausschuß von ihm erarbeitete Thesen zur Ausländerpolitik, die sich mit Fragen des Asylrechtes, mit der Problematik der Integration ausländischer Arbeitnehmer sowie der Einräumung des Kommunalwahlrechts für Ausländer beschäftigen.

Weitere Themen der Sitzung waren der derzeitige Stand und die Probleme der Krankenhausfinanzierung sowie die Auswirkungen der letzten Kostendämpfungsmaßnahmen des Bundes. Zum Thema 'Leistungen im Rahmen des Finanzausgleichs der Länder' wurde ein Arbeitskreis gebildet, der eine synoptische Darstellung der Finanzausgleiche erstellen und Vorschläge für einen optimalen Finanzausgleich entwickeln soll.

Arbeitskreis zum Finanzausgleich